Neuigkeiten aus dem Dresdner Stadtrat

März 2017

DRUCKSACHE

#3



DIE LINKE. Fraktion im Dresdner Stadtrat · Rathaus · Dr.-Külz-Ring 19 · Zimmer 1/205 · 01067 Dresden · 0351/488-2822 · linke-fraktion@dresden.de · www.linke-fraktion-dresden.de





Nachdem der Abriss der früheren Robotron-Kantine bereits so gut wie begonnen war, haben Gespräche mit dem Investor und ein Eilantrag von Grünen und LINKEN den Durchbruch gebracht. Die Denkmalschutzbehörde wurde beauftragt, die Denkmalwürdigkeit der Kantine zu überprüfen. Der Abriss ist verhindert, der nächste Schritt ist die Suche nach eine neuen Nutzung dieses Schmuckstücks der Ostmoderne. In der Debatte tobte die rechte Seite des Rates. "Höhepunkt": Franz-Josef Fischer kritisierte die Bausubstanz, erinnerte sich an seine Stationierung in Prora und verwies mit Stolz auf die gute Bauqualität der dortigen Gebäude.



Bundeswehr-Hubschrauber verhindert Wohnungen: Ein Investor plant im Jägerpark Hunderte Wohnungen, darunter viele Wohnungen zu günstigen Mieten. Aber: der dazugehörige Bebauungsplan kann nicht bearbeitet werden. Grund ist ein fehlendes Lärmschutzgutachten. Das kann aber nur erstellt werden, wenn die Bundeswehr die genauen Eckdaten ihres Helikopterlandeplatzes zur Verfügung stellt. Die weigert sich aber, weil sie die Fläche lieber frei haben möchte. Tilo Wirtz fühlte in dieser Sache der Verwaltung auf den Zahn. Jetzt gilt es dranzubleiben - der Jägerpark verdient bezahlbaren Wohnraum und keine Militärhubschrauber mit dazugehörigen Landeplätzen.



André Schollbach: "Ein Tag in der Woche sollte sich unterscheiden von der Geschäftigkeit der üblichen Werktage. Dieses verfassungsmäßige Gut gilt es zu schützen." Rot-Grün-Rot entscheidet sich für die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und lässt nur einen stadtweiten verkaufsoffenen Sonntag für 2017 und 2018 zu. Hinzu kommen regionale Sonntagsöffnungen zu Stadtfesten wie St. Pieschen, dem Westhangfest oder der BRN. FDP und CDU liefen heute Sturm gegen nur einen verkaufsoffenen Sonntag. Rot-grün-rot sorgt für Planungs- und Rechtssicherheit und "setzt dem Kommerz Grenzen", wie André Schollbach in der Debatte betonte.